

Bezugspreis
vierteljährlich
durch die Post:
im Ortsverkehr
und Nachbarort-
verkehr M. 1.40,
außerhalb M. 1.50
einschließlich der
Postgebühren. Die
Einzelnnummer des
Blattes kostet 5 Pf.
Erscheinungsweise
täglich, mit Aus-
nahme der Sonn-
und Festtage.



Fernsprecher 11.
Anzeigenpreis:
Die 10spaltige Zeile
über deren Raum
10 Pfennig. Die
Reklamzeile über
deren Raum 20
Pfennig. Bei
Wiederholungen
unveränderter An-
zeigen entsprechen
der Rabatt. Bei
gerichtlicher Ein-
scheidung und Kon-
kurrenz ist der
Rabatt unzulässig.

Redaktion u. Ver-
lag in Altensteig.
Unabhängige Tageszeitung für die Oberamtsbezirke Nagold, Freudenstadt und Calw.

Nr. 101 Ausgabe in Altensteig-Stadt. Samstag, den 2. Mai. Amtsblatt für Pfalzgrafenweiler. 1914.

Im Maien

kann unsere täglich erscheinende Zeitung
„Aus den Tannen“
für die Monate Mai und Juni
bei allen Postanstalten und Postboten,
Agenten und Austrägern, sowie bei der
Expedition unseres Blattes bestellt werden.

**Wer unsere Zeitung noch nicht hält,
bestelle diese sofort!**

Bezugspreis im Orts- und Nachbarortverkehr 94 Pfennig
außerhalb desselben 1 Mark.

Die auswärtige Politik.

Die Beratung des Budgets des Auswärtigen Amtes gibt der Regierung alljährlich Gelegenheit, sich der Volksvertretung gegenüber über die auswärtige Politik, ihre Ergebnisse und Ziele zu äußern. In der Kommission geschieht dies meist durch den Staatssekretär des Auswärtigen, wofür nicht besondere Gründe das Erscheinen des Reichskanzlers rechtfertigen. Das war im vorigen Jahr der Fall, damals fand die große Heeresvorlage bevor und Herr v. Bethmann ergriff die Gelegenheit, den Kommissionsmitgliedern in vertraulicher Aussprache die Beweggründe auseinanderzusetzen, die zur Einbringung der Militärvorlage geführt haben. In diesem Jahr ist die Weltlage nicht so gespannt, eine Heeresvermehrung steht nicht bevor, der Reichskanzler konnte also mit Recht darauf verzichten, schon in der Kommission das zu sagen, was er später im Plenum des Reichstags auszuführen gedenkt. Diese Ausführungen haben einmal den Zweck, das deutsche Volk über die großen Richtlinien unserer auswärtigen Politik zu unterrichten, dann aber besonders den, im Ausland gewisse Wirkungen zu erzielen. Das läßt es auch erklärlich erscheinen, daß in solchen Reden zumeist wenig Neues enthalten ist, was an ihnen wichtig und beachtenswert ist, das ist die allgemeine Note, auf die sie abgestimmt sind. Der Ton macht auch hier die Musik. Die Reichsboten über die tatsächlichen Verhältnisse zu informieren, das war die Aufgabe des Herrn v. Jagow in der Budgetkommission. Was er ausgesprochen hat, ist, soweit sich das aus dem entnehmen läßt, was an die Öffentlichkeit drang, nicht gar erfreulich. Er sprach mit vielen Worten über unser Verhältnis zu Rußland, das ja augenblicklich wieder einmal im Mittelpunkt der Erörterungen der auswärtigen Politik steht. Seit einiger Zeit weht von Petersburg her ein recht eigiger Wind. Wir mühten nicht nur allerlei unfreundliche handelspolitische Maßnahmen Rußlands hinnehmen, sondern auch Verdächtigungen unserer friedlichen Politik von Seiten eines russischen Ministers, die durch ein laihmes Dementi des offiziellen Nachrichtenbüros eigentlich mehr bestätigt als in Abrede gestellt wurden. Was hatte Herr v. Jagow hierauf zu sagen? Nach den Veröffentlichungen in der Presse zu urteilen, offenbar recht wenig. Die Getreidezölle, die Rußland neuerdings zu erheben gedenkt, ständen nicht im Widerspruch mit dem Buchstaben des deutsch-russischen Handelsvertrags, wenn sie vielleicht auch seinem Sinn zuwiderläufen. Ein weiteres Symptom der gegenwärtig in Rußland herrschenden deutsch-feindlichen Stimmung ist der von dem russischen Verkehrsminister und auch dem russischen Marineminister verhängte Boykott der deutschen Firmen. Die Herren waren freilich nicht so ungeschickt, ihren Ressortchef direkt zu verbieten, bei Lieferungen deutsche Firmen zu berücksichtigen, sie haben ihnen aber deutlich genug nahegelegt, nach Frankreich und England zu gehen — was praktisch haarscharf auf dasselbe herauskommt. Der unglückliche Fall Poljakow soll hierzu den Anlaß gegeben haben. Der Fall Poljakow wurde aber von Deutschland in Korrektheit erledigt. Als es offenbar war, daß der Kölner Behörden ein fataler Mißgriff passiert war, hat sich Deutsch-

land sehr schnell und sehr ausgiebig entschuldigt. War es nötig, daß Herr v. Jagow in der Kommission noch einmal hervorhob, die Kölner Behörden hätten zu langsam gearbeitet bei der Aufklärung der unglücklichen Geschichte, war das nötig, in anbetracht des Umstandes, daß die russischen Behörden schon seit Monaten mit der Untersuchung der angeblichen Spionage der deutschen Luftschiffer beschäftigt sind und noch immer keine Aussicht besteht, daß sie damit zu Ende kommen und die Deutschen aus der russischen Haft entlassen werden?

Die Erklärungen, die Herr v. Jagow über die Angelegenheit der deutschen Militärmission in der Türkei gegeben hat, sind schon garnicht geeignet, allgemeine Befriedigung in deutschen Volk hervorzurufen. Die Treibereien Rußlands gegen die Stellung des Generals Liman v. Sanders als Kommandeur des 1. türkischen Armeekorps in Konstantinopel sind bekannt. Sie haben dazu geführt, daß General v. Sanders seines Kommandos enthoben und als Armeesinspektor seitdem bloß noch eine beratende Tätigkeit ausübt, wie vor ihm Marschall von der Goltz — mit welchem Erfolg hat der Auszug der Balkankriege erwiesen. Damals wurde hervorgehoben, daß eine deutsche Mission in der Türkei nur dann erfolgversprechend wirken könne, wenn ihre Vertreter Kommandogewalt besäßen und damit in der Lage wären, eine Mustertruppe auszubilden. Es ist nun doch anders gekommen und das ist zu bedauern aus dem Grund, weil eventuelle künftige Niederlagen der Türkei eine schwere Schädigung des militärischen Prestiges Deutschlands bedeuteten. Als die Enthebung des Generals v. Liman vom Kommando bekannt wurde, versicherte die „Nordd. Allg. Ztg.“, das sei alles so von vornherein bedacht und beschloßen gewesen. Der Staatssekretär aber gab in der Kommission zu, daß ein einziger Druck von Rußland hin der Wechsel bewirkt wurde. Die Frage, ob durch das Kommando des Generals v. Liman berechtigte Interessen Rußlands verletzt wurden, soll hier nicht erörtert werden, war es der Fall, dann hätte man besser daran getan, ihn garnicht erst damit zu betrauen. Der deutschen Diplomatie wäre dann wenigstens ein Rückzug vor Rußland und dem Dreiverband erspart geblieben und die andern hätten nicht die Freude gehabt, einen unzweifelhaften Erfolg zu buchen, der naturgemäß seinen Einfluß auf ihre allgemeine Stellung im Orient ausübt.

Man hat Herr v. Jagow aber doch geglaubt, feststellen zu können, daß die amtlichen Beziehungen mit Petersburg nach wie vor freundschaftlich und vertrauensvoll sind. Auch der Artikel in der „Nordd. Ztg.“, dessen angeblichen offiziellen Ursprung der Staatssekretär nochmals in Abrede stellte, habe daran nichts ändern können. Das ist erfreulich insofern, als die Befürchtungen ensterece Kervidlungen zwischen den beiden Ländern dadurch vorläufig wenigstens entkräftet werden. Die Quelle, aus der die deutsch-russischen Bestimmungen zum großen Teil entsprungen sind, liegt im Orient. Rußland steht in Deutschland den stärksten Gegner seiner Expansionsbestrebungen in Kleinasien und wird auch für die Zukunft damit rechnen müssen, daß die deutsche Politik im Interesse der lebhaften wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands mit der Türkei darauf gerichtet ist, das Osmanenreich stark nach außen und gefestigt im Innern zu erhalten. Man sollte aber denken, daß es den Petersburger Staatsmännern möglich wäre, sich mit diesen Bestrebungen abzufinden, schon weil sie sich mit denen, die der Ententengenosse England im Orient verfolgt, vollständig bedecken. Wenn Herr v. Jagow dies erachtet, so ist viel gewonnen, noch mehr aber, wenn es ihm gelingt, die Beziehungen des russischen Nachbarn zur deutschen Industrie und zum deutschen Handel so freundschaftlich zu gestalten, wie sie angeblich zwischen den Aemtern in der Berliner Wilhelmstraße und in Petersburg sind.

Die Welfen.

Die wenigsten wissen heute, was Braunschweig immerhalb hundert Jahren bis 1815 für Preußen geleistet hatte. Es war Tradition, daß die braunschweigischen Prinzen in die preussische Armee eintraten, und in diesem Zeitraum ließen aus der älteren Welfenschen Linie des Herzogshauses sieben Fürsten für die preussische Krone ihr Leben. Es sind folgende Prinzen, die den Heldentod starben: Albrecht + 1745 bei Soor, Friedrich Franz +

1758 bei Hochkirch, Albrecht Heinrich + bei Ruhme, Wilhelm Adolf + 1770 im Türkenkriege, Leopold + 1785 in Frankfurt a. O. (in der Absicht Menschen zu retten), Karl Wilhelm Ferdinand, 1806 schwer verwundet bei Auerstädt, Friedrich Wilhelm + 1815 bei Quatrebras.

Wo so viel Blut im Kampfe vergossen wurde, konnte der alte Stamm nicht lebensfähig bleiben. Als für Albrecht dahin und schließlich wurde auch noch der Heldherrnruhm des Fürstenhauses bekräftigt. Es wäre besser für Braunschweig gewesen, wenn Herzog Karl Wilhelm Ferdinand den Bitten der Königin Luise nicht nachgegeben hätte und ruhig in seiner Residenz geblieben wäre. Er opferte für Preußen sein Leben und seine Krone. Nicht seine Schuld war es, daß die Schlacht bei Auerstädt verloren ging. Napoleon hätte jeden anderen preussischen Feldherrn ebensogut geschlagen, weil alles faul im Staate Preußen war, aber das Unglück wollte, daß der braunschweigische Fürst die preussischen Truppen führte und im Höhepunkte des Kampfes die tödliche Wunde erhielt, die ihn des Kommandos enthob. So ist ihm lange Zeit die Schuld an dem Verlust der Schlacht zugeschoben worden. Ein ähnliches Unglück hat, wie wir in einem Aufsatz von W. Scholz in der volkstümlichen Monatschrift „Zeiten und Völker“ (Stuttgart) lesen, auch seinen Sohn mit betroffen. Friedrich Wilhelm hatte sich, nachdem die Erfolgsfolge für ihn am Krankenlager des Vaters in Braunschweig geregelt war, sofort wieder zum preussischen Heere gegeben und warf sich, von den Franzosen verfolgt, unter Blücher mit nach Vabed hinein, das in aller Eile notdürftig in Verteidigungsstand versetzt wurde. Am 6. November begann die Bestürmung der Stadt. Vier französische Brigaden drangen gegen das Burgtor vor, das Friedrich Wilhelm, der „schwarze Herzog“, mit drei Bataillonen verteidigte. Die Uebermacht war zu groß. Der Herzog mußte, um nicht umgangen zu werden, etwas zurückweichen, und konnte so nicht hindern, daß die Franzosen in die Stadt drangen, die nun trotz der tapfersten Gegenwehr Blüchers erobert wurde.

Blücher ist zuweilen kein angenehmer Vorgesetzter gewesen. Festig und ausdauernd beschuldigte er den Herzog, daß man ihm die Niederlage zu verdanken habe und berichtete darüber an den König Friedrich Wilhelm. Im Gefühl seiner Schuldlosigkeit rechtfertigte sich der Herzog, den auch ein von ihm gefordertes Kriegsgericht freisprach, vor dem preussischen König, erbat aber auch zugleich seinen Abschied, der ihm in den ehrenvollsten Ausdrücken zuteil wurde. Von jenem blutigen Novembertage an, der die drei Bataillone des Herzogs auf hundert Mann dezimierte, kam die Spannung der Häuser Welf und Hohenzollern. Von 1809 bis 1813 wartete der Herzog, während seine „Schwarzen“ in Spanien gegen Napoleons Truppen kämpften, auf die Erhebung Deutschlands. Als sie kam, begab er sich ins Hauptquartier der Verbündeten und bat um eine führende Stellung. König Friedrich Wilhelm hatte aber weder Auerstädt noch Vabed vergessen; man wies den braunschweigischen Herzog ab, der nun über England in seine Hauptstadt zurückkehrte und dort auf die Rückkehr seiner Truppen wartete. Als sie eintrafen, verstärkte er sein Korps auf über 10 000 Mann, eine Truppenzahl, die zu den Kräften des von Jerome ausgezogenen Ländchen in gar keinem Verhältnis stand, und begab sich dann auf den Wiener Kongreß, wo er aber zu wenig diplomatische Gewandtheit entwickelte und weder beim Könige Friedrich Wilhelm von Preußen noch beim Kaiser Alexander von Rußland Unterstützung für eine Vergrößerung Braunschweigs durch das Bistum Hildesheim fand.

Mit Groß im Herzen verließ der Herzog die Kaiserstadt und überließ es seinem Gesandten, sich weiter in Diplomatenkünsten zu üben. Er hatte sein kleines Heer auf Kriegsfuße erhalten und eilte, sobald Napoleons Ankunft in Paris bekannt wurde, nach den Niederlanden, um zum englischen Heere zu stoßen, das unter Wellington gegen den Störer des Weltfriedens heranzog. Am 16. Juni 1815 erhielt er von dem englischen Oberbefehlshaber den Auftrag, sich bei Quatrebras den Franzosen entgegen zu stellen, um ihren Vormarsch aufzuhalten. Diesen Befehl hat er getreulich erfüllt, aber auch hier waren wie in Vabed seine verfügbaren Truppen zu schwach. Demütigt, seine kleine Schar in Ordnung zu halten, traf ihn die tödliche Kugel.



Landesnachrichten.

Altensteig, 9. Mai 1914.

Fahrplan-Änderung. Der letzte Zug von hier nach Nagold hat bekanntlich mit dem 1. Mai eine Änderung erfahren. Werktags geht dieser wie früher hier 7.20 Uhr ab, Sonntag und Feiertags erst 7.51 Uhr. — Der Frühzug verkehrt wie im April hier ab 5.28 Uhr und der zweite geht nun 6.48 Uhr ab. — Unser Fahrplan wird der nächsten Nummer beigelegt.

Saatenstand zu Anfang des April 1914. Auf den regenreichen, jedoch milden Spätherbst des vorigen Jahres folgte von Mitte Dezember v. J. ab ein bis Ende Januar d. J. dauernder, im ganzen genommen mäßig strenger Winter mit einer im größten Teile des Landes anhaltenden Schneedecke. Der Monat Februar war mäßig kühl, mitunter mild, der März vorherrschend rau und nachhaltig; erst gegen Ende März trat trockene und warme Witterung ein. Die Saaten sind, obwohl sie im Vorjahre infolge der lang hinausgezogenen Ernte vielfach sehr verspätet in den Boden gebracht wurden, gut durch den Winter gekommen. Infolge der anhaltend nachhaltigen Witterung im März haben sie sich zwar bis jetzt erst schwach entwickelt, doch ist unter dem Einfluß der gegen Ende März aufgetretenen wärmeren Witterung bereits eine sichtliche Besserung eingetreten. Umplägungen werden nur bei Winterroggen, der durch Schneckenfraß im vorigen Herbst mancherorts gelitten hat, in kleinem Umfang nötig werden. Die Frühjahrspflanzung ist durch die anhaltend regnerische Witterung im März sehr verzögert worden und konnte selbst in den milderen Landesgegenden erst ausgangs März in Angriff genommen werden. Winterweizen, Winterroggen und Winterdinkel stehen eher gut als mittel.

Fahrpreisermäßigung zum Besuche der Ausstellung für Gesundheitspflege in Stuttgart. Zur Erleichterung des Besuchs der in den Monaten Mai bis Oktober 1914 in Stuttgart stattfindenden Ausstellung für Gesundheitspflege sind durch Entschliessung des Reichsministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, Verkehrsabteilung, vom 9. April 1914 folgende Fahrpreisermäßigungen genehmigt worden: 1. Für die Besucher der Ausstellung werden auf den Strecken der württ. Staatsbahn, dem Bedürfnis entsprechend, von verschiedenen Stationen aus und an nach zu bestimmenden Tagen, die jeweils bekannt gemacht werden, Verwaltungszüge mit Wagen 4. Klasse nach Stuttgart Hbf. und zurück ausgeführt. 2. Für die Benutzung der Sonderzüge werden besondere Fahrkarten zum ermäßigten Preis von 1.77 Mk. für 1 Tarifkilometer zur Hin- und Rückfahrt (nicht auch für einfache Fahrt) nach Stuttgart Hbf. von den Haltestationen der Sonderzüge ab ausgegeben. Reisende, die auf den Haltestationen von Anschlußzügen zugehen, haben bis zur Haltestation gewöhnliche Fahrkarten zu lösen. Die Sonderzüge dürfen nur von Reisenden benützt werden, die im Besitze der besonderen Fahrkarten sind, gewöhnliche Fahrkarten berechtigen nicht zur Fahrt in den Sonderzügen. 3. Die Fahrkarten berechtigen, mit Ausnahme des Tages der Hin- und Rückreise, an dem auch die Rückreise nur im Sonderzug erfolgen darf, zur Rückfahrt innerhalb 4 Tagen mit fahrplanmäßigen Zügen. Auf der Rückfahrt innerhalb 4 Tagen mit fahrplanmäßigen Zügen. Auf der Rückfahrt am 2., 3. oder 4. Tag gelten die Fahrkarten wie solche 4. Klasse, es ist also bei Benutzung einer höheren Klasse in Personen-, Gil- oder Schnellzügen der Unterschied (einschl. Schnellzuschlag) zwischen dem Preis einer Fahrkarte 4. Klasse und dem Preis einer Fahrkarte der benützten höheren Wagenklasse zu entscheiden. Fahrpreisermäßigung mit Fahrkarten zu ermäßigten Preisen ist auf der Hinreise nicht gestattet. Ausgeschlossen von der Fahrpreisermäßigung bleiben die Stationen die weniger als 40 km von Stuttgart Hbf. entfernt sind. 4. Der Schluß des Fahrkartenverkaufs für die Sonderzüge ist auf 6.00 Uhr des der Ausführung der Sonderzüge vorhergehenden Tages festgesetzt. Den Körperschaften, Vereinen, Gesellschaften usw. deren Mitglieder in größerer Anzahl die Ausstellung besuchen und die Verwaltungsabteilung hierin beistehen wollen, wird empfohlen, sich rechtzeitig mit der Geschäftsstelle der Ausstellung für Gesundheitspflege in Stuttgart wegen Ausführung der Sonderzüge ins Benehmen zu setzen.

Stuttgart, 1. Mai. (Maifeiertag.) Zur Feier des 1. Mai war das Gewerkschaftshaus mit Tönen und roten Tüchern geschmückt. Im Festsaal fand vormittags eine Versammlung der Feiernden statt. Der Saal war gedrängt voll. Redakteur Crispian sprach über die Bedeutung des 1. Mai. Mit einem Hoch auf die Internationale Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen. Jungens waren zwei Beamte der Stadtdirektion. In der großen Wehrgasse der industriellen Betriebe wurde durchweg gearbeitet. Auch bei Bosch war, neuer zum erstenmal, kein Maifeiertag.

Stuttgart, 1. Mai. (Fleischpreis.) Die Metzger haben die Ladenpreise für Kalbfleisch um 5 Pfg. erhöht, die für Schweinefleisch um 5 Pfg. ermäßigt. Die Preise betragen jetzt für 1. Qualität 1 Mk. bzw. 75 Pfg.

Untertürkheim, 1. Mai. (Gewitter.) Hier und in Fellbach gab es gestern den ersten Hagelschlag im Frühjahr. Um 4 Uhr zog ein starkes Gewitter von den Feldern her dem Remstal zu. Es dauerte zwar keine halbe Stunde bis alles vorüber war, auch ist der Hagel reichlich mit Regen untermischt gefallen, aber es besteht doch die Befürchtung, daß in den Gärten und an den Obstbäumen Schaden entstanden ist; die Weinberge dagegen sind verschont geblieben.

Wahlungen, 1. Mai. (Der erste Hagel.) Bei dem gestern nachmittags über das Remstal gezogenen Gewitter gab es hier etwa 5 Minuten lang Hagel. Die Körner waren aber verhältnismäßig klein und fielen mit starkem Regen zusammen, weshalb der Schaden an der Baumbäute verhältnismäßig gering geblieben ist.

Befigheim, 1. Mai. (Bom Strom getötet.) Im Elektrizitätswerk der Delfabrik kam der 41 Jahre alte Weingärtner Müller bei Reinigungsarbeiten im Transformatorhaus einer Starkstromleitung zu nahe. Er war sofort tot. Eine Witwe und drei unmündige Kinder betrauern den Tod ihres Ernährers.

Maulsbroun, 1. Mai. (Selbstmord.) Der geistig schon längere Zeit nicht mehr normale Steinhauer Ernst Brodbeck von Krißlingen ist in einem alten, mit Wasser vollgelaufenen Steinbruch auf der Markung Esfingerhof tot aufgefunden worden. Er hat zweifelloos Selbstmord verübt.

Gerabronn, 1. Mai. (Fingerringe.) In Plausfelden beabsichtigt an den beiden Pfingstfeiertagen der aus der Bezirksgemeinde Weimbach gebürtige Flieger August Ströbel Schau- und Passagierflüge auszuführen.

Burgfelden, 1. Mai. (Zum Fall Hauff.) Die Leiche des Hauptlehrers Karl Hauff und seiner beiden von ihm erschossenen Knaben ist gestern nachmittags in der Leichenverbrennungsauffahrt der Stadt St. Gallen eingeholt worden. Die Asche wird in der Heimat beigelegt werden.

Deutsches Reich.

Die Erledigung des Falls Berliner. Nach langer Verhandlung verurteilte der Appellhof in Verm die deutschen Luftschiffer Berliner, Haase und Nikolai wegen Aufnahme von Plänen, Anfertigung von Kopien, Beschreibung besetzter Punkte, Sammlung von Nachrichten, Verheimlichung ihrer Herkunft und Eindringen in besetzte Punkte des Reiches zu sechs Monaten Einzelhaft mit Einrechnung des 58tägigen Hausarrestes. Die Anklage gegen Berliner wegen Veröffentlichung von geheimen Dokumenten in einem mit Rußland nicht im Krieg befindlichen Staate war fallen gelassen worden. Der Luftballon wird der Regierung, die Waffen der Polizei übergeben. Die Verurteilten bleiben bis zur Stellung einer Kaution von 2000 Rubel für jeden im Hausarrest. — Es ist schwer glaublich, daß die deutschen Luftschiffer alle die ihnen zur Last gelegten Verbrechen gegen das russische Spionagegesetz sich haben bewußt zu schulden kommen lassen. Ganz seltsam mutet es an, wenn von der Verheimlichung der Herkunft der deutschen Luftschiffer die Rede ist.

Keine neue Wehrvorlage. In der Budgetkommission des Reichstags antwortete auf die Ausführungen eines Fortschrittlers der Kriegsminister, daß keine neue Wehrvorlage in Arbeit sei. Ob eine solche später notwendig werden könne, sei jetzt nicht zu übersehen. Auf die von einem konservativen Abgeordneten vorgebrachten Besorgnisse wegen Gefährdung bestimmter Grenzgebiete gab der Kriegsminister beruhigende Erklärungen ab. In der fortgesetzten Beratung des Etats für das Reichsheer trat der Kriegsminister energisch für die Gewährung einer Zulage von 2142 Mark für den Weiter einer Auskunftsstelle im Interesse der Zivilversorgung der Offiziere ein. Ein Vertreter des Kriegsministeriums teilte mit: die Auskunftsstelle habe von 350 alten Offizieren, die sich an sie gewandt hätten, 86 Anstellungen vermittelt. Damit sei die Nützlichkeit der Einrichtung bewiesen. Der Kriegsminister erklärte, eine solche Stelle sei unentbehrlich, da die private Organisation verlag habe.

Vereinheitlichung der deutschen Gütertarife. Gegenwärtig wird in Berlin beim Tarifbureau durch Beamtensauschüsse ein „gemeinsamer Gütertarif für den Wechselverkehr der norddeutschen Staats- und Privatbahnen mit Sachsen und Süddeutschland“ ausgearbeitet. Die bisher bestehenden 26 Tarifhefte für den Verkehr von Norddeutschland, (Mittel-, Ost- und Westdeutschland A und B, Seehäfen und Rhein-, Main-Hafen-Stationen) einerseits und Sachsen und Süddeutschland (Baden, Bayern, rheinisch. und pfälz. Reg., Elb-Lothringen und Württemberg) andererseits, die in der Zeit von 1877-1909 ausgegeben worden sind und in absehbarer Zeit eine Neuauflage erfahren müssen, werden jetzt in einen gemeinsamen Tarif zusammengefaßt. Die Zusammenfassung der Tarife für den Wechselverkehr der norddeutschen Staats- und Privatbahnen mit Sachsen und Süddeutschland bringt eine allgemein erwünschte Vereinigung in das deutsche Gütertarifwesen. Der Schwerpunkt der mit dieser Umgestaltung der Tarife verbundenen Vorteile liegt in dem idealen Erfolg, nämlich dem weiteren Schritt zur Vereinheitlichung der deutschen Eisenbahnen. Dem volkswirtschaftlichen, vor allem aber vom rein deutschen Standpunkt aus ist dieser Schritt gewiß zu begrüßen.

Eine deutsche Rheinmündung. In einer Besprechung des Frankfurter Vereins für Volkswirtschaft und Gewerbe, die die Schaffung einer auf deutschem Gebiet liegenden Rheinmündung zum Gegenstand hatte, hielt der Syndikus des in Berlin gegründeten Vereins „Deutsche Rheinmündung“, Dr. Cyprian, einen Vortrag über die Ziele des Vereins, in dem er u. a. erklärte, daß der preussische Eisenbahnminister v. Breitenbach dem Plan sehr sympathisch gegenüberstehe, ebenso der

König von Bayern. Nach einer längeren Erörterung wurde ein Ausschuss eingesetzt, der die in Frankfurt stattfindende Hauptversammlung des Vereins „Deutsche Rheinmündung“ vorbereiten soll.

Deutsche Vergleute in Deutsch-Südwestafrika. Vom Bergewier an der Sieg sind in den letzten Jahren eine größere Anzahl von Vergleuten nach Deutsch-Südwestafrika ausgewandert, die in den dortigen Gruben Beschäftigung gefunden haben. Dieser Versuch mit der Beschaffung deutscher Vergleute in unseren Kolonien muß als durchaus gelungen bezeichnet werden. Die Vergleute haben nicht nur ihre Familien nachkommen lassen, sondern viele haben auch Farmen erworben, die sie jetzt selbständig bewirtschaften. Nach diesem geglückten Versuch dürfte man, soweit der Bedarf an Vergleuten in den Kolonien vorliegt, auf diesem Weg fortschreiten.

Arbeitslosenversicherung in Breslau. Die Breslauer Stadtverordnetenversammlung stimmte nach dreistündiger Debatte dem Magistratsantrag zu, 3000 Mark für die Vorbereitungen zur Gründung einer Kasse für Arbeitslosenversicherung zu bewilligen.

Berlin, 1. Mai. Der Staatsanzeiger veröffentlicht in seiner heutigen Nummer die neue Fassung, welche die Grundsätze für die Gewährung von Zulagen an Altpensionäre und Altkriegsbeschädigte vom 16. Juli 1912 durch den Beschluß des Reichsministeriums erlassen haben.

Berlin, 1. Mai. Die Kommission des Reichstages zur Beratung des Gesetzes über den Verbot militärischer Geheimnisse vertrat sich heute bis nächsten Mittwoch. Zur Geschäftsordnung wurde erklärt, der Begriff des militärischen Geheimnisses sei noch nicht geklärt. Es wurde deshalb der Erwartung Ausdruck gegeben, daß baldigst darüber Erklärungen von der Regierung abgegeben würden.

Strasbourg, 1. Mai. Der neuernannte Kaiserl. Statthalter von Elsaß-Lothringen Dr. v. Dallwig ist heute vormittags hier eingetroffen. Staatssekretär Graf v. Rüdern und der persönliche Adjutant des Statthalters Major v. Strembel waren dem Statthalter bis an die Grenze entgegengefahren, um ihn in Lauterburg zu begrüßen. In Strasbourg fand auf dem Bahnhof kleiner Empfang statt.

Großer Waldbrand.

Osterfeld (Reg.-Bez. Münster), 1. April. Heute Nachmittag brach an der Grenze der Provinzen Rheinland und Westfalen zwischen Osterfeld, Diesfeld, Kirchellen und Stertrade in den Wäldungen des Großindustriellen Crillo ein Waldbrand aus, der auf die dem Herzog Arenberg gehörigen Wäldungen übersprang. 800 Morgen wurden von den Flammen ergriffen. Alle Feuerwehren der Umgebung wurden telephonisch und telegraphisch herbeigerufen, doch ist eine Eindämmung des Feuers angesichts des starken Windes und der Trockenheit unwahrscheinlich. Das Forsthaus ist von den Flammen eingeschlossen. Etwa 40 000 Morgen Wald sind gefährdet.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 1. Mai.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen kurze Anfragen. Auf die Frage des Abg. Dittmann (Soz.) und Beuosen nach Erkrankungen, Todesfällen, Selbstmorden beim Infanterieregiment Nr. 143 in Strasbourg i. E. infolge angeblicher Ueberanstrengungen bei Feldübungen erwidert Generalmajor Bild von Hohenborn: Es ist nicht zutreffend, daß viele Erkrankungen vorkommen und daß 2 Soldaten der 2. Kompanie infolge von Ueberanstrengungen gestorben sind, vielmehr handelt es sich bei 2 Todesfällen um Genickstöße, bei dem anderen um einen Unglücksfall. (Hört, hört rechts.) Es ist nicht richtig, daß sich 2 Soldaten derselben Kompanie das Leben genommen haben, vielmehr ist nur ein Selbstmordversuch gemacht worden, dessen Ursache in keinem Zusammenhang mit den Feldübungen steht. — Auf eine weitere Anfrage des Abg. Dittmann (Soz.) betr. Ueberanstrengung der Truppen erklärt Generalmajor Bild von Hohenborn seinen Ausführungen nichts hinzuzufügen zu haben.

Auf die Frage des Abg. Birkenmayer (Z.) nach von dem Geh. Rat Dr. Mallebreit in Karlsruhe hergestellten Präparat „Mallebreit“ als Heilmittel gegen Infektionskrankheiten, namentlich auch gegen die Maul- und Klauenpest, sowie gegen Tuberkulose erwidert Direktor von Jonqueres: Derartige Mittel häufen sich immer mehr. Die Verantwortung einer solchen Anfrage wäre entweder eine einseitige Reklame oder eine völlige Diskreditierung. (Sehr richtig.)

Es folgt die Fortsetzung der ersten Beratung des Titanicvertrags. Direktor v. Jonqueres: Es ist vollständig hinfällig, wenn der sozialdemokratische Redner behauptet, daß die energischen Maßnahmen nur getroffen worden seien, weil es sich in der Hauptsache um Passagiere 1. Klasse gehandelt habe. Wir wollten auch die drahllose Telegraphie vorschreiben, haben uns aber schließlich entschlossen, dem internationalen Kongress nicht vorzugreifen.

Abg. Baffermann (N.): Die Bemerkungen des sozialdemokratischen Redners über das Unternehmertum waren völlig ungerechtfertigt. Wir wünschen kein neues Reichsamt für das Seewesen.

Abg. Graf Westarp (Konf.): Wir sind bereit, den Vertica anzunehmen.